

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Hauptzollamts und des Bezirkschulamts zu Baugen sowie des Finanzamts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindebehörden behördlicherseits bestimmte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt - Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. - Druck und Verlag von Friedrich Man, G. m. b. H. in Bischofswerda. - Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskassafache Bischofswerda Konto Nr. 64

Erfüllungsstelle: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmöndlich Mark 1,10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonnabendnummer 15 Pf.)

Verleger: Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle von Betriebsstörungen oder Unterbrechung der Beförderungseinrichtungen durch höhere Gewalt hat der Verleger keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 48 mm breite einpaltige Millimeterzeile 8 Pf. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 25 Pf. Nachtrag nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. - Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 200

Mittwoch, den 28. August 1935

90. Jahrgang

Tageschau.

Der deutsche Gesandte in Wien, von Papen, hat im Auftrage der Reichsregierung bei der österreichischen Bundesregierung gegen Lügenmeldungen Einspruch erhoben.

An der Unglücksstelle in der Hermann-Göring-Straße in Berlin wurden bisher 12 Tote festgestellt. 9 davon konnten geborgen werden.

Die Unterredungen Lavals mit den Botschaftern Italiens und Englands stehen im Hauptinteresse der französischen Presse. Nach dem „Deux“ hat der italienische Botschafter mitgeteilt, daß England und Frankreich vor dem Zusammenstoß des Völkerbundes eine Absicht des italienischen Anlagematerials erhalten würden. Abweisen dürfte es jedoch nicht erlaubt werden, vor dem Rat seine Beschuldigungen gegen Italien vorzubringen.

Wie der Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ aus Bozen meldet, hat Mussolini ihm erklärt, daß Italien die britischen Rechte achten werde.

Englische Blätter ergehen sich in Klagen über italienische Propaganda. So sagt der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“, der Rundfunksender Bari verbreite jeden Abend englischfeindliche Nachrichten in großer Zahl.

In großer Aufmachung bringen die New Yorker Morgenblätter die Antwort der Sowjetregierung an Amerika. Sie heben den äußerst verstimmenen Eindruck hervor, den die Antwort in Washington betraf.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Deutscher Lebenswille.

Das Deutsche Reich ist in diesen Wochen der Ort zahlreicher internationaler Veranstaltungen der verschiedensten Art gewesen. Es sei nur erinnert an die sportlichen Wettkämpfe, an die Ostmesse in Königsberg, die Leipziger Herbstmesse, den Internationalen Feuerwehrtongress in Dresden, den bevorstehenden Internationalen Juweliertongress in Berlin, den 11. Internationalen Strafrechts- und Gefängnis-Kongress und schließlich an den nunmehr eröffneten Internationalen Kongress für Bevölkerungswissenschaft, der ebenfalls in der Reichshauptstadt zusammengetreten ist. Alle diese Tagungen hatten eine außerordentlich starke Teilnahme von ausländischen Gelehrten, Technikern, Wirtschaftlern und Kaufleuten zu verzeichnen. Mit Ausnahme der Sowjetunion hat es wohl keinen Staat der Erde gegeben, der in dieser Zeit nicht wenigstens einen Vertreter nach Deutschland entsandt hätte. Die Bedeutung solcher Veranstaltungen für die Weltgeltung des nationalsozialistischen Staates kann daher gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Alle diese Menschen, die nun in ihre Heimat zurückkehren, konnten an Ort und Stelle nachprüfen, was ihnen vor Antritt der Reise über die „Hitler-Diktatur“ von Hassern und Reibern vorgegaukelt wurde. Sie konnten darüber hinaus aber auch positive Anregungen mit nach Hause nehmen, um sie vielleicht im eigenen Wirkungsbereich nutzbringend zu verwenden.

Um den ausländischen Gästen ein ungeschminktes Bild des neuen Deutschland vermitteln zu können, sind die Veranstalter stets darauf bedacht gewesen, die fremden Kongressteilnehmer aus dem engeren Rahmen der sachlichen Betätigung herauszuheben und sie aus unmittelbarer Anschauung das an seinem Aufstiege arbeitende Volk kennen lernen zu lassen. Denn oft sind ja die Eindrücke eines persönlichen Erlebnisses auf der Straße oder in einem Gasthaus sehr viel stärker und nachhaltiger als noch so schöne Kongressreden. Wo es nur irgendwie ermöglicht werden konnte, haben die Gäste den Pulsschlag unseres nationalen Lebens unmittelbar gefühlt. Sie haben gespürt, daß das deutsche Volk von einem neuen Lebensgefühl und einem Lebenswillen erfüllt ist, der nichts mehr mit den überkommenen Vorstellungen von Karriere, sozialer Statusleiter und persönlichem Reichtum zu tun hat, sondern der sein höchstes Glück in der Erfüllung des Pflichtgebotes der Volksgemeinschaft erblickt.

Im Hinblick auf diese frohstimmigen Auserwählungen eines neuen Lebensmutes fällt gerade dem Internationalen Bevölkerungswissenschaftler eine besonders wichtige Rolle zu. Die Bevölkerungswissenschaft ist eine junge Wissenschaft. Sie entstand erst um die Wende des 20. Jahrhunderts, als bereits die zivilisatorische Entwicklung in Europa den Punkt erreicht hatte, an dem die Bevölkerungsentwicklung in vielen Staaten ins Stocken geriet und in einigen sogar mit dem Abstieg begann. Erst als der Zerfall sichtbar wurde, begannen die Gelehrten, sich mit dieser Erscheinung zu beschäftigen. Sie stellten zunächst umfangreiche Statistiken auf, die in der Folge ein wichtiges Hilfsmittel bei der staatlichen Bekämpfung des Geburtenrückganges werden konnten. Leider

wurden die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Rassen- und Bevölkerungspolitik nur in sehr geringem Maße beachtet und in der gesetzgeberischen Praxis benutzt. So, die in vielen Ländern und auch in Deutschland immer mehr zur Herrschaft gelangende jüdisch-liberalistische Geistesrichtung sträubte sich mit allen Mitteln und nicht ohne Erfolg gegen die Verwertung dieser wissenschaftlichen Hilfsmittel. In den meisten Ländern blieb daher die aktive Bevölkerungspolitik in den ersten Anfängen stecken. Erst die nationalsozialistische Bewegung erkannte im ganzen Umfange die zentrale Bedeutung der Erb- und Rassenlehre sowie der Bevölkerungswissenschaft für den Fortbestand der europäischen Kulturvölker. Reichsminister Dr. Frick leitete diese totale Anschauungswandlung bei seiner Eröffnungsansprache in die folgenden Worte: „Niemand brachte die Erkenntnis auf, daß die Bevölkerungspolitik nicht „auch ein Zweig“ der Politik ist, sondern daß sie im Endurteil darüber entscheidet, ob ein Volk gut oder schlecht ist.“ Das neue Deutschland aber hat dieser Erkenntnis konsequent Rechnung getragen und sie zur Grundlage seiner gesamten Gesetzgebung gemacht. Die Regierung Adolf Hitlers ging dabei von der Überlegung aus, daß es nicht allein darauf ankommen dürfe, die Bevölkerung zahlenmäßig zu erhalten oder zu vermehren, sondern daß es vor allem die Pflicht des Staa-

tes sein müsse, ein geistig und körperlich hervorragendes Volk heranzubilden. Der Verhütung des erbkranken Nachwuchses, die mehr eine Notwehrmaßnahme des Staates darstellt, steht daher die viel wichtigere positive Förderung der gesunden Erbanlagen unseres Volkes gegenüber. Der Wille zum Rinde nützt nichts, wenn er nicht gerade in jenen Schichten Wurzel schlägt, die die beste Gewähr für einen gesunden, leistungsfähigen Nachwuchs bieten.

Der Nationalsozialismus beherrscht den Staat erst seit 2 1/2 Jahren, und man kann deshalb auch nicht erwarten, daß das Ziel unserer Bevölkerungspolitik schon erreicht ist. Aber die ersten Erfolge, die Deutschland in revolutionärer Anwendung der bevölkerungswissenschaftlichen Erkenntnisse bereits erreicht hat, werden unsere gelehrten Gäste aus dem Ausland hier an Ort und Stelle ausreichend studieren können. Sie mögen dann in ihrem Urteil zu dem gleichen Ergebnis kommen, wie jener volkstümliche englische Schriftsteller, der vor einigen Wochen Deutschland besuchte und der als stärkstes Erlebnis den Eindruck mit nach Hause nahm, daß das junge Geschlecht in einer beneidenswerten seelischen und körperlichen Verfassung aufwache. Der Lebenswille des deutschen Volkes wird ungebrochen bleiben, solange wir das Wort des Führers beherzigen: „Was nicht Rasse ist auf dieser Welt, ist Spreu!“

Das englisch-deutsche Verhältnis.

DNB. London, 28. August. (Sig. Funkmeldg.) „Daily Mail“ sagt in einem Leitartikel u. a.: In England wächst immer mehr die Einsicht, daß die Frage der Freundschaft Englands mit Deutschland den Schlüssel der britischen Politik bilden sollte. In den letzten 2 1/2 Jahren hat Deutschland erstaunliche Fortschritte gemacht. Aus einer zum Kommunismus gestempelten und von Zwietracht zerrissenen Nation ist die stärkste und entschlossenste Großmacht geworden. Seine Genesung gehört zu den Wundern der modernen Welt. Dies allein ist unter der begeisterten Führung Hitlers erreicht worden, dessen Politik eine Nation geeint und neu gestärkt habe, die heute den eindrucksvollen Beweis patriotischen Glaubens an ihre Sendung gibt. Das britische Volk wünscht, mit Deutschland ebenso wie mit anderen Nationen auf freundschaftlichstem Fuße zu stehen.

Das englisch-deutsche Marineabkommen steht in einem erfreulichen Gegensatz zu dem andauernden Gezänk, das alle Versuche zu einer Annäherung in Benf begleitet und schließlich in der lächerlichen Anklage des Völkerbundes gegen Deutschland gipelt hat. Das Flottenabkommen war ein großer Schritt zur Befriedigung der berechtigten Wünsche Deutschlands. Niemals zuvor ist ein solcher je getan worden.

Es bleibt noch die Frage der Kolonien übrig, die Deutschland durch den Versailler Vertrag genommen wurden. Die Zeit rückt schnell heran, wo auch diese Angelegenheit im Interesse des Weltfriedens ein für allemal in Ordnung gebracht werden muß. Deutschland hat sein Recht durchgesetzt, als gleichberechtigt unter den Mächten angehört zu werden. Es hat auch einen wohlbegründeten Anspruch auf Berücksichtigung auf kolonialem Gebiet. Die britische Regierung könne sehr wohl erwägen, ob es nicht klug wäre, die gegenwärtig unmittelbar unter britischem Mandat stehenden Gebiete an Deutschland zu übertragen. Ueber die Frage der Dominienmandate sollen die Dominien selbst entscheiden. Eins ist sicher:

Es ist unmöglich, eine mächtige Nation von 66 Millionen ständig auf ein Gebiet von 131 000 Quadratmeilen in Mitteleuropa zu beschränken. Deutschland braucht Auenraum für sein überdichtetes Gebiet. Besonders gilt dies von einem Volk, dem die Vorteile eines überseeischen Reiches bekannt sind, und dessen Erinnerungen an seine koloniale Entwicklung wachgeblieben sind. Sir Samuele Hoare hat Italiens Bedürfnis nach Ausdehnung anerkannt. Dies ist ein Bedürfnis, das gleichermaßen für Deutschland, der anderen „beschlusen“ Nation gilt. Großbritannien mit seinem Weltreich von mehr als 13 Millionen Quadratmeilen sollte zu allererst Wünschen eines Volkes nach überseeischen Besitzungen im Wege stehen.

Einspruch gegen die Lügenpresse in Wien.

v. Papen bei der Bundesregierung. Berlin, 27. August. DNB. meldet: Namens der deutschen Reichsregierung hat der deutsche Gesandte in Wien, Herr v. Papen, bei der österreichischen Bundesregierung scharfen Einspruch gegen Unwahrheiten und Verleumdungen sowie tendenziöse Darstellungen der innerdeutschen Lage erhoben, die in Teilen der

österreichischen Presse in letzter Zeit gegen das Reich und seine führenden Persönlichkeiten enthalten waren.

Die sich daran anschließende Aussprache, in der auch vom österreichischen Minister des Inneren die analogen Beschwerden vorgebracht wurden, ergab Uebereinstimmung dahin, daß es ernstlich zu mißbilligen sei, wenn die Presse des einen oder anderen Landes sich Ausschreitungen oder Verleumdungen bei der Behandlung des anderen Landes, seiner Einrichtungen und Staatsmänner zuzuschreiben kommt läßt, und daß vielmehr dahin zu wirken sei, die Presse beider Länder der Herstellung normaler Beziehungen mehr als bisher nutzbar zu machen.

Keine Reisezahlungsmittel mehr für die Schweiz.

DNB. Basel, 27. August. Der schweizerische Bundesrat hat die deutschen Behörden ersucht, mit sofortiger Wirkung nimmere die Ausgabe von Reisechecks für den Touristenverkehr nach der Schweiz einzustellen. Um aufgetretene Mißverständnisse zu beseitigen, wird ausdrücklich darauf verwiesen, daß bereits ausgestellte Reisechecks selbstverständlich von der Neuordnung nicht berührt und von den Schweizer Banken anstandslos eingelöst werden, auch dann, wenn die betreffenden Reisechecks erst in einiger Zeit zu einer Reise nach der Schweiz Verwendung finden. Wer nach dem Tessin oder einem Kurort des Genfer Sees reisen will, könne dies ohne weiteres tun und erhalte an Stelle der Reisechecks Reisegutscheine, die in dem Hotel, in dem der deutsche Gast abzufahren wünsche, an Zahlungsstelle angenommen werden. An der Höhe der von Deutschland für den einzelnen Feriengast freistehenden Beträge, also 700 Mark im ersten Monat und je weitere 500 Mark für die beiden weiteren Monate, wird nicht gerüttelt, ebenso nicht an der Verknüpfung des Reiseverkehrsabkommens mit den Kohlenbezügen aus Deutschland und auch nicht an der Verteilungsgart.

Wir erfahren hierzu von unterrichteter Seite: In dem deutsch-schweizerischen Reiseverkehrsabkommen vom 17. 4. 1935 war vereinbart worden, daß der deutsche Reiseverkehr nach der Schweiz aus den deutschen Kohlenlieferungen finanziert werden soll. Soweit diese vorübergehend zur Bestreitung der Kosten des Reiseverkehrs nicht ausreichen, sollte der schweizerische Bundesrat Maßnahmen zur Vermeidung irgendwelcher Verzögerung bei den Auszahlungen an die deutschen Reisenden treffen. Auf Grund dieser Bestimmungen sind schweizerische Banken in Vorlage getreten.

Der Reiseverkehr nach der Schweiz hat infolge dieser Vereinbarung im laufenden Jahr stark zugenommen. Andererseits hat die Schweiz aber zu wenig Kohlen bezogen, um den verstärkten Reiseverkehr auszugleichen. Infolgedessen haben die schweizerischen Vorschüsse einen erheblichen Betrag erreicht. Der schweizerische Bundesrat hat nimmere beschlossen, die vereinbarte Regelung nicht mehr einzuhalten. Er hat der deutschen Regierung mitteilen lassen, daß nach dem 26. August in Deutschland ausgestellte Reisezahlungsmittel in der Schweiz nicht mehr eingelöst werden.